Dresdner Nachrichten.
Nr. 338. Seite 2. Freitag, 4. Dec. 1891

seien derartige, daß die Befreiung der drei untersten Steuerstufen von der Einkommensteuer eintreten könne. Eine wesentliche Besserung in den Erwerbsverhältnissen der untersten Klassen sei nicht erfolgt, vielmehr eine Verschlechterung. An sich sei es geboten, auch nach den mittleren Klassen hin eine Erleichterung eintreten zu lassen. Da aber hierbei das Wahlrecht gefährdet werde, habe man von einer diesbezüglichen Forderung Abstand genommen, weil die Wähler mehr Werth auf die Erhaltung ihres Wahlrechtes als auf die Erleichterung der Steuern legten. Nach den oberen Klassen hin sei die Progressivität bis 4 Proz. resp. 5 Proz. zu fordern. Nicht stichhaltig sei der Einwand, daß die Reicheren, wenn man sie in Sachsen höher besteuere, in die Nachbarstaaten verziehen würden. Denn in Preußen, Bayern, Württemberg und anderwärts gebe es höhere Steuern als bei uns. Die Einkommensverhältnisse hätten überdies nach obenhin eine Verbesserung erfahren. Wer viel habe, solle auch viel zahlen. Den Reichen gewähre ja auch der Staat den meisten Schutz. Schließlich bat der Redner, dem Antrage dies Mal mehr Wohlwollen als früher zu erzeigen, und beantragte die Ueberweisung an die Finanzdeputation A. — Abg. Georgi (natl.): Eine neue Auflage eines alten Antrages liege vor. Begründet werde dieser in derselben Weise wie im vorigen Landtage. Damals habe er in der Finanzdeputation eine eingehende Berathung erfahren, aber im Plenum sei er einstimmig abgelehnt worden. Auch die damaligen Antragsteller hätten sogar dagegen gestimmt. Der Antrag sei also ein verstoßenes Kind. Als Adoptivkind könne er auch bezeichnet werden, denn lange, bevor sich die Sozialdemokraten mit dem Gegenstande beschäftigt hätten, habe sich die Kammer selbst damit befaßt. Redner befürwortete die Beseitigung der untersten Einkommensteuerklassen und schlug dagegen vor, die Reduktion der Schweineschlachtsteuer nicht eintreten zu lassen. Das Bedürfniß nach Erleichterung sei am größten bei den mittleren Stufen der Einkommensteuer. Aber auch seine Partei sei der Ansicht, daß eine Steuererleichterung nicht durch den Wegfall des Wahlrechtes erkauft werden dürfe. Die Forderung der Weiterführung der Progression nach oben hin werde von der nationalliberalen Fraktion ebenfalls erhoben. Da inzwischen in Preußen eine Aenderung der Einkommensteuergesetzgebung erfolgt sei, so sei man bereit, eine Revision des Einkommensteuergesetzes nach der angedeuteten Richtung eintreten zu lassen. Im Sinne der Anregungen, die der Antrag gebe, die aber auch schon lange vor demselben seitens der Kammer gegeben worden seien, möge die Finanzdeputation den vorliegenden Gegenstand in Erwägung ziehen. — Abg. Philipp (fortschr.): Der pekuniäre Effekt des Antrages werde sein, daß 686,000 M. infolge der Befreiung der untersten Stufen ausfallen, dagegen 1,800,000 M. durch die Progression gewonnen würden. Seine Partei trete einer Steigerung der Progression nach oben hin nicht entgegen. Die Behauptung aber müsse er zurückweisen, daß die besitzenden Klassen heute seitens des Staates größeren Schutz besitzen als die Arbeiter. Die Steuerzahler der drei untersten Klassen seien in der Mehrzahl Dienstboten. Diese berühre die Steigerung der Lebensmittelpreise nicht. Die ganze Lage dieser Art Steuerpflichtigen sei eine solche, daß sie weit besser gestellt wären als viele Familienväter in den mittleren Klassen. Als einen Punkt von großer Wichtigkeit müsse er es bezeichnen, daß unseren Gemeindeabgaben zum großen Theil dieselbe Skala zu Grunde liege wie der Einkommensteuer. Die Durchführung des Antrages würde daher das Budget vieler Gemeinden in Verwirrung bringen und deren Anlageprinzip zerstören. Die drei unteren Steuerklassen bildeten in vielen Gemeinden einen sehr wichtigen Faktor der Einnahmen. Man möge ferner nicht vergessen, daß die Steuern für die Dienstboten sehr oft aus dem Beutel der Herrschaft entrichtet würden. Einer Progression, welche sich analog der preußischen Einkommensteuer bewege, werde er gern zustimmen. Ein Wohnsitzwechsel um einer Steigerung der Steuern wegen dürfte wohl kaum zu erwarten sein. Geschehe es dennoch, so möge man die Betreffenden nur ruhig ziehen lassen. Den § 13 unseres Einkommensteuergesetzes könne man nach dem § 18 des preußischen verbessern, wonach die Zahl der Familienmitglieder an sich eine Erleichterung involvire. Der Redner resumirte den Standpunkt seiner Partei dahin: sie sei geneigt, einer Progression nach oben innerhalb vernünftiger Grenzen das Wort zu reden, nicht aber sei sie bereit, die untersten Klassen aus dem Einkommensteuergesetze zu streichen. (Bravo!) — Namens der konservativen Partei erklärte der Abg. Hähnel, daß man einer Verschärfung der Progression nach oben nicht abgeneigt sei. Ganz entgegengesetzter Ansicht, als die Sozialdemokraten, seien die Konservativen bezüglich der mittleren Steuerstufen. Die Antragsteller ließen hier Alles unberührt, während nach Ansicht der konservativen Partei gerade hier am allerersten zu ändern sei. Der Steuersatz von 3 Proz. müsse weiter hinauf, etwa in die 25. oder 30. Klasse, verlegt werden. Von dort aus solle man die Degression wirken lassen. Die Aufhebung der drei untersten Steuerklassen, gegen welche sich seine Partei prinzipiell erklären müsse, würde auf dem Lande nur die höchste Verwunderung erregen. Ermäßigungen bei den drei untersten Klassen im Bedürfnißfalle könne indessen nach Maßgabe des § 13 ein weiterer Spielraum als bisher gegeben werden. Der Redner sprach sich ferner gegen den Vorschlag des Abg. Georgi aus, die Befreiung der drei untersten Klassen zu ermöglichen durch die Aufrechterhaltung der Schweineschlachtsteuer in der jetzigen Höhe. Gegenüber der Belastung der untersten Censiten durch die indirekten Abgaben sei die Compensation auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung zu suchen. Die Lasten derselben würden vorzugsweise von den mittleren Klassen getragen und überstiegen weitaus die indirekten Staatssteuern. Der Ueberweisung des Antrages an die Finanzdeputation A stimme seine Partei zu, aber nicht in der Erwartung, daß nunmehr auch sofort eine Revision eintreten müsse. Man wolle zunächst nur dafür sorgen, daß die angeregten Fragen im Flusse blieben. — Abg. Kaden (Soz.): Der Patriotismus und die Königstreue der Konservativen lasse sich mit ihrer Stellungnahme dem Antrage seiner Partei gegenüber nicht in Einklang bringen. Der Abg. Mehnert, der doch in seiner Partei etwas gelte, habe sich erst kürzlich für die Progression nach oben ausgesprochen, und dennoch lehne es jetzt die konservative Partei ab, für diese einzutreten. In den drei unteren Klassen gebe es nicht blos Dienstboten, sondern auch sehr viele Arbeiter, welche wohl dastanden, wenn sie 300 oder 400 M. jährlich verdienten. Jeden Menschen müsse es direkt befremden, wenn die konservative Partei offiziell erkläre, der Antrag solle zwar in die Deputation kommen, möge aber dort in den Papierkorb geworfen werden. — Finanzminister v. Thümmel: Unsere Einkommensteuergesetzgebung habe sich bewährt. Von anderen Staaten werde sie anerkannt, einzelnen habe sie als Vorbild gedient. Ohne dringendes Bedürfniß sei eine Aenderung nicht vorzunehmen. Ein solch' dringendes Bedürfniß liege gegenwärtig nicht vor. Die Steuer bei den untersten Klassen sei so gering, daß von einer drückenden Belastung derselben nicht die Rede sein könne. Durch die soziale Gesetzgebung, sowie durch die staatlichen Zuwendungen an die Schulgemeinden sei den unteren Klassen bereits eine erhebliche Erleichterung zu Theil geworden. Auch für eine stärkere Belastung der höheren Klassen liege zur Zeit kein Anlaß vor. — Abg. Georgi betonte nochmals, daß die auf Erleichterung der unteren Klassen gerichteten Bestrebungen durchaus nicht etwas Sozialdemokratisches seien; dieselben seien lange vor den Sozialdemokraten geltend gemacht worden. Prinzipiell sei die nichtsozialdemokratische Mehrheit des Hauses durchaus nicht gegen die Befreiung der unteren Klassen. Er glaube, daß die Finanzdeputation die Frage der Revision der Einkommensteuer, besonders nachdem Preußen eine neue Einkommensteuergesetzgebung geschaffen habe, wohl werde in's Auge fassen müssen. — Abg. Dr. Mehnert: Der Fraktionsredner Hähnel sei von den Sozialdemokraten mißverstanden worden. Dieser habe nur vor übertriebenen Erwartungen warnen, keineswegs aber sagen wollen, daß dem Antrage in der Kommission ein Begräbniß erster Klasse zu Theil werden solle. Er sei auch jetzt noch für eine Progression von 4 Proz. Die Konservativen gedächten auch der Frage näher zu treten, wie insbesondere das fundirte Vermögen künftig höher zu besteuern sei. Persönlich stehe er der Ansicht des Abg. Georgi bezüglich des Wegfalls der untersten Klassen sehr nahe. Von einer Ueberlastung der Arbeiter gegenüber den besitzenden Klassen könne man jetzt nicht mehr reden. Die Leistungen der Krankenversicherung beliefen sich jährlich auf 55 Millionen. Davon bezahlten die Versicherten nur ein Drittel. Die Unfallversicherung erfordere seitens der Unternehmer einen Aufwand von 21 Millionen. Die Kosten der Alters- und Invaliditäts-Versicherung betrügen 264 Millionen, wovon die Arbeiter wiederum nur ein Drittel zu entrichten hätten. Die Behauptung, daß von Jahr zu Jahr die Verhältnisse der Arbeiter schlechter geworden, sei nicht richtig. Von 1879 bis 1890 habe sich im Königreich Sachsen das Einkommen 6 Mal stärker vermehrt, als im gleichen Zeitraume die Bevölkerung zugenommen habe. Am stärksten sei dabei aber das Einkommen aus Lohn und Gehalt gewachsen, nämlich 8 Mal stärker als die entsprechende Bevölkerung. Er habe die Ueberzeugung, daß am meisten unter den heutigen Verhältnissen nicht die untersten Klassen, sondern der Mittelstand leide. Davon werde deshalb so wenig geredet, weil dieser Stand unter allen noch der geduldigste sei. Wenn es sich darum handeln könne, Steuerklassen zu erleichtern, so seien es heutzutage besonders die Klassen des Mittelstandes. — Abg. Opitz (kons.): Der sozialdemokratische Antrag sei augenscheinlich aus agitatorischen Erwägungen hervorgegangen. Er sei eine Etappe auf dem Wege, die Steuerlasten von den untersten Klassen gänzlich auf die höheren abzuwälzen. Das habe auch der Antrag auf Abschaffung des Schulgeldes gezeigt. Auch dieser Antrag trage den Stempel großer Naivität und Einseitigkeit. Die Einkommensteuer könne nicht losgelöst von der gesammten einheitlichen Steuergesetzgebung geändert werden. — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde hierauf der Schluß der Debatte angenommen. Im Schlußworte suchte der Abg. Stolle-Gesau unter großer Unaufmerksamkeit des Hauses die gegen den Antrag geltend gemachten Einwendungen zu widerlegen. Vergeblich bemühten sich hierbei die Sozialdemokraten auf der Zuschauertribüne, durch wiederholtes Zischen ihrem Führer Ruhe und Gehör zu verschaffen. Als am Schlusse der Stolle'schen Rede von der Tribüne herab Beifallszeichen ertönten, erklärte Präsident Ackermann, daß diese im Wiederholungsfalle sofort geräumt werden würde. — Es folgten persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Kaden, Georgi, Opitz und Dr. Mehnert. Der Letztgenannte äußerte dem Vorwurf der Sozialdemokraten gegenüber, daß die Reichen wohl Champagner tränken und Austern äßen, aber nicht patriotisch genug seien, höhere Steuern zahlen zu wollen: Die Reichen genössen den verzollten Champagner und die verzollten Austern zum Besten des Vaterlandes; die sozialdemokratischen Delegirten auf dem Pariser Kongresse dagegen nähmen Champagner und Austern zollfrei zu sich. Der Präsident bemerkte, daß dies eine persönliche Bemerkung nicht sei. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich einstimmig an die Finanzdeputation A überwiesen. — Nächste Sitzung heute Vormittag 10 Uhr. Allgemeine Berathung des Berichts über die Verwaltung und Vermehrung der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1888 u. 89. Mündlicher Bericht der Petitionsdeputation über die Petitionen Bollstädt und Rüppel.

— Ein zweites Verzeichniß von 22 bei der Beschwerde- und Petitions-Deputation der zweiten Kammer eingegangenen Petitionen bez. Beschwerden ist erschienen. Die Mehrzahl davon, nämlich 12, sind sogenannte Eisenbahnpetitionen, Bitten um Erbauung neuer Eisenbahnlinien, um Errichtung von Haltestellen, um Erweiterung von Bahnhöfen und dergl. mehr. Die übrigen Petitionen betreffen die Erbauung einer Qual- und Hafenanlage in Pirna, die Einquartierungslast der Gemeinden des Landes, die Bewilligung einer Unterstützung zur Erweiterung der Anstalt für Epileptische in Kleinwachau, das Landesgestüt in Moritzburg, die gleichartige Bezeichnung aller für den Staatsdienst geprüften Techniker, die Pensionsverhältnisse der Volksschullehrer, die Aufhebung bez. Ermäßigung der Grundsteuer. Endlich enthält das Verzeichniß noch drei Beschwerden; die eine bezieht sich auf das Vereins- und Versammlungsrecht, die zweite auf das Verfahren bei der polizeilichen Auflösung des Leipziger Freidenkervereins „Humboldt", die dritte auf eine Bestrafung auf Grund des Impfgesetzes.

— Die Anmeldung schulpflichtiger Kinder, d. i. nach dem Volksschulgesetze solcher, welche bis zu Ostern nächsten Jahres das 6. Lebensjahr vollenden, hat nach der bezüglichen Bekanntmachung des städtischen Schulausschusses in der Zeit vom 11. bis 16. Januar 1892 bei den betreffenden Schuldirektoren zu erfolgen. In den Bürgerschulen ist die Aufnahme von Schulkindern durch die Zahl der in den Klassen offenen Stellen beschränkt, dagegen findet in den Bezirksschulen jedes rechtzeitig angemeldete Kind Aufnahme. Bei der Anmeldung ist eine standesamtliche Geburts-Urkunde, ein Impfschein und von allen der christlichen Religion angehörenden Kindern ein Taufzeugniß beizubringen. Eltern solcher Kinder, die wegen Kränklichkeit 2c. vom Schulbesuch noch zurückgehalten werden sollen, haben Anzeige unter Beifügung eines ärztlichen Zeugnisses bis zum 16. Januar 1892 an das Schulamt, Rathhaus, zu erstatten und der weiteren Entschließung gewärtig zu sein.

— Das Reichspostamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Packetmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Insbesondere sind die Packete 2c. dauerhaft zu verpacken und mit deutlicher, vollständiger und haltbarer Adresse (womöglich auf weißem Papier geschrieben) zu versehen. Der Name des Bestimmungsortes muß stets kräftig und groß geschrieben und auf Packeten nach größeren Orten die Wohnung des Empfängers mit angegeben sein. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Packete frankirt aufgeliefert werden.

— Der Bezirksverein der Sächsischen Staatseisenbahnbeamten in Dresden hält am Sonnabend, den 5. Dezember, im großen Saale des Tivoli seinen zweiten Vortragsabend ab. In demselben wird Herr Baurath Prof. Dr. Ulbricht, welcher als Mitglied der Prüfungskommission der elektrischen Ausstellung in Frankfurt a. M. Gelegenheit hatte, die neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Elektrotechnik kennen zu lernen, einen Vortrag über „Die Anwendung elektrischer Wechselströme" halten. Im zweiten Theil des Abends werden Vorträge unterhaltender Art geboten werden.

— Die Eisenbahndirektion in Berlin schreibt die Lieferung von 504 Lokomotiven aus. Diese riesige Zahl umfaßt den gesammten nächstjährigen Bedarf der preußischen Staatsbahnen, und die Lokomotivfabriken werden hiernach an lohnender Beschäftigung umsoweniger Mangel haben, als sie jetzt noch und auf längere Zeit hinaus vollauf beschäftigt sind und die anderen deutschen Staats- und Privatbahnen große Bestellungen schon gemacht oder in Aussicht genommen haben.

— Wir glauben eine kollegialische Pflicht zu erfüllen, wenn wir einen spaßhaften Druckfehler im gestrigen „Dresdner Journal" sofort berichtigen. Im volkswirthschaftlichen Theile des „Dr. Journ." wird mitgetheilt, daß die Dresdner Tünzer-Export-Gesellschaft in Rußland zwischen der Cottbus-Grotzenhainer und der Oberlausitzer Eisenbahn eine Fäkalniederlage errichten will. Da nun aber zwischen den genannten Eisenbahnen kein russisches Fäkalland existiren kann, so wird wohl das Oertchen Rußland gemeint sein, welches mit diesem duftenden Objekt beglückt werden soll.

— Die feierliche Eröffnung der in der Philharmonie stattfindenden Ausstellung gastwirthschaftlicher Betriebsgegenstände erfolgt nächsten Mittwoch Vorm. 10 Uhr im Beisein der Spitzen der Behörden durch Herrn Hotelier Heinze („Bier Jahreszeiten"). Die Ausstellung, die außerordentlich reichhaltig beschickt worden ist, dauert bis 22. Dezember. 30 Medaillen und zwar 5 goldene, 23 silberne und 2 bronzene gelangen mit mehreren Ehrenpreisen zur Vertheilung. Während der Ausstellung finden acht Concerte statt. Noch in letzter Stunde ist aus London die größte Menuiasammlung der Welt zur Ausstellung angemeldet worden. Die gleichzeitig zum Besten des Albertvereins und wohlthätiger Anstalten stattfindende Lotterie hat den größten Theil ihrer Loose abgesetzt. Die Ziehung beginnt am 19. Dezember. Schon jetzt sind mehrere Hauptgewinne Waisenhausstraße 31 in der Württembergischen Metallwaarenfabrik ausgestellt worden. In den Fachkreisen Dresdens, sowie auch an allen Orten Deutschlands, ja selbst in den außerdeutschen Landesvereinen des Genfer Verbandes, namentlich in Großbritannien, Frankreich und Nordamerika, bringt man dem Unternehmen das regste Interesse entgegen.

— Wie bereits erwähnt, wird der schwedische Afrikareisende Theodor Westmark Montag, d. 7. d., Abends in Meinhold's Salen einen Vortrag halten. Sein fünfjähriger Aufenthalt wird den Inhalt des Abends bilden. Es dürfte dabei noch von besonderem Interesse sein, daß Herr Westmark auch auf die litterarischen Fehden zwischen den Herren Professor Pechuel-Loische und Stanley zu sprechen kommen und an der Hand seiner eigenen Erfahrungen in dieser Angelegenheit beweisen will, daß Ersterer in seiner Polemik gegen Stanley vollkommen im Rechte gewesen ist.

— Die Strom- und Witterungsverhältnisse hierselbst — so wird aus dem oberen Elbthale geschrieben — sind derartig, daß die diesjährige Schifffahrtsperiode bald zu Ende gehen wird. Ein Vorzeichen dafür ist die Entfernung des Königlichen Wachschiffes von der Stromfläche an der Landesgrenze bei Schmilka. Dieses Fahrzeug, auf welchem während der Nacht die Grenzaufseher von Schandau, Krippen, Schöna und Schmilka abwechselnd Posten-dienst ausüben, ist am 1. d. in den Winterhafen geschafft worden. Am selben Tage kehrte eine größere Anzahl Bootsleute 2c. der Sächsisch-Böhmischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft nach ihrer Heimath, in vorzugsweise hiesiger Gegend zurück. Die Dampfschifffahrten auf der Strecke Schandau-Leitmeritz sind seit dem 25. November eingestellt und von Schandau nach Dresden verkehrt auch nur noch ein Schiff.

— Die Münchener „Allgem. Ztg." schreibt: Der Buchdruckerstreik ist heute beinahe überall in Deutschland in die vierte Woche, in einer Anzahl Buchdruckereien Berlins und Leipzigs in die fünfte Woche seines Bestehens eingetreten, und was von Anfang an mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen war, ist jetzt zur Gewißheit geworden: die streikenden Setzer werden ihr mit so vielen Opfern erstrebtes Ziel nicht erreichen. Die Gründe dafür sind so einfach und so einleuchtend, daß sie von den Führern der Bewegung bei etwas mehr Einsicht und Ueberlegung hätten erkannt werden müssen, bevor die Parole zur Arbeitsniederlegung gegeben wurde. Diese Gründe bestehen darin, daß nicht die Drucker-Prinzipale, sondern die Verleger maßgebend für die Beantwortung der Frage sind, ob die Forderungen der Gehilfen bewilligt werden können oder nicht. Verträge das Verlagsgeschäft gegenwärtig die angestrebte Erhöhung des Drucklohns bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit, so hätten die Buchdrucker-Prinzipale sich ohne Zweifel mit ihren Gehilfen verständigt, denn die Verleger und nach diesen die Buchkäufer hätten ja bei flottem Geschäftsgang die Differenz bezahlen müssen und gerne bezahlt. Nun ist aber bekanntermaßen das gerade Gegentheil der Fall. Das Verlagsgeschäft ist flauer, als seit langer Zeit. Die Folgen einer ganz ungewöhnlichen Ueberproduktion im Verlag während der letzten Jahre drücken um so mehr auf die Unternehmungslust der Verleger, als gleichzeitig der schlechte Geschäftsgang auf fast allen anderen Gebieten die Kauflust erheblich vermindert, so daß die Verleger sich fast ausnahmslos gegen eine Erhöhung der Druckpreise verwahrten. Die Mehrzahl derselben sieht faktisch in dem durch die Buchdruckergehilfen herbeigeführten Streik nicht nur keine besonders beklagenswerthe Störung ihrer Produktion, sondern einen — wir möchten fast sagen — erwünschten Anlaß, die Produktion eine Zeit lang einzuschränken. Sie hätten vielleicht ohne diese besondere Veranlassung, wenn auch in etwas mäßigerem Umfang, weiter produzirt, um ihre Buchdrucker weiter zu beschäftigen. Nunmehr benützen sie den Anlaß zu einer ihnen nicht unerwünschten Pause, indem sie sich darauf beschränken, das absolut Nothwendige mit den verbliebenen Arbeitskräften ausführen zu lassen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sie in dieser ihrer Haltung lange und jedenfalls viel länger verharren werden als die streikenden Buchdruckergehilfen in der ihren. Da überdies der Bedarf der Zeitungen, welche täglich erscheinen müssen, allerwärts gedeckt ist, so erscheint der Streik für die Gehilfen völlig aussichtslos, woran auch der Umstand, daß eine Anzahl von Prinzipalen unter besonderen Umständen die Forderungen der Gehilfen ganz oder theilweise bewilligte, nichts ändern kann. Zu beklagen bleibt nur, daß durch den Streik die ohnedies nicht sehr unternehmungslustigen Verleger zu erheblicher Einschränkung ihrer Produktion vielleicht noch lange über den Termin der Streik-Beendigung hinaus veranlaßt werden, zum Schaden der Buchdrucker-Prinzipale wie der Gehilfen, unter welchen sich die Zahl der Beschäftigungslosen gegen früher nicht nur nicht verringern, sondern erheblich steigern wird. Das Loos, welchem die Letzteren entgegengehen, wenn sie nach Beendigung des Streiks keine Arbeit finden, weil die Prinzipale sie ihnen beim besten Willen nicht mehr geben könnten, wird ein so trauriges sein, daß man es beklagen muß, selbst wenn man sich sagt, daß es ein selbstgewolltes ist.

— Gestern wurden die fürstlich Reuß'schen Jagden auf Thallwitzer Revier bei Wurzen beendet. An den ersten beiden Tagen brachten 14 Schützen, unter denen sich der Erbprinz von Reuß, Prinz von Bentheim und mehrere Offiziere befanden, 1075 Hasen, 5 Rehböcke und 12 Fasanen zur Strecke. Auch der gestrige Tag war ein sehr ergiebiger an Wild aller Art. Die Gesammtstrecke wanderte in die Wildprethandlung des Herrn Hoflieferanten Carl Müller, Johannisstraße.

— Unter den Kinderspielzeugen, die den Weihnachtstisch schmücken, nehmen die Puppen mit den ersten Rang ein, und wo ein großes oder kleines Mädchen im Hause ist, fehlt unter dem strahlenden Lichterbaum gewiß auch dieses reizende und zugleich lehrreiche Spielzeug nicht. Wir haben in Dresden an Spezialgeschäften gewiß keinen Mangel, als eines der bedeutendsten hat sich in jüngster Zeit aber dasjenige von H. Winkelmann, König-Johannstraße 10, bewährt. Alle Arten von Kugelgelenkpuppen, gekleidet und nicht gekleidet, sämmtliche Puppenbettandtheile, Stoff- und Lederdalge, Puppenkonfektionen und Puppenartikel sind hier in allen Arten und zu jedem Preise in wahrhaft großer Auswahl und geschmackvoller Ausführung aufgehäuft, und Interessenten, welche für die Weihnachtszeit nach Puppen suchen, sollten zunächst auch diesem Spezialgeschäft ihre Aufmerksamkeit schenken. Zu wiederholten Malen hat Ihre Majestät die Königin die Firma Winkelmann mit Aufträgen beehrt, und erst kürzlich ist ein ganzer Puppen-Maskenball, ca. 30 Stück Puppen zum Aus- und Ankleiden, an den englischen Hof geliefert worden. Außerdem ist die Winkelmann'sche Firma auf verschiedenen Kunstgewerbe-Ausstellungen prämiirt und für ihre reizenden und geschmackvollen Arbeiten mit den höchsten Preisen ausgezeichnet worden.

— Um die vor Kurzem von dem Stadtrathe in Bautzen mit einem Jahresgehalt von 4800 Mark ausgeschriebene Stelle des Direktors der städtischen Sparkasse hatten sich nicht weniger als 170 Bewerber gefunden. Gewählt wurde der Prokurist der Firma Günther und Rudolph, Herr Weiß in Dresden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Fürst Bismarck wird am 7. Dezember in Friedrichsruh eine Deputation empfangen, welche ihm den Ehrenbürgerbrief der Stadt Siegen überreichen wird.

Ueber die Rede, welche der Kaiser am 23. November zu Potsdam vor den Garderekruten gehalten hat, wird jetzt nach einem Privatbrief von einer Reiter Zeitung und im Anschluß hieran vom Berliner Blattern eine Version mitgetheilt, deren Wiedergabe allein schon zu den Unmöglichkeiten gehört.

Der Reichskanzler Herr von Caprivi hat an sämmtliche Mitglieder des Reichstages, welche ihre Karte bei ihm abgegeben, Einladungen zu einem parlamentarischen Diner ergehen lassen. Des beschränkten Raumes wegen sind jedoch die Einladungen nicht für alle Theilnehmer auf denselben Tag erfolgt, vielmehr empfängt Herr von Caprivi seine parlamentarischen Gäste nach einander am 3., 6. und 8. Dezember.

Wegen Beleidigung des Kronprinzen stand der Maler Heinrich Heiligendorf aus Berlin vor der zweiten Strafkammer des dortigen Landgerichts. Der nach Spandau gekommene Angeklagte hatte dort in einem Wirthshause Aeußerungen über den Kronprinzen gemacht, welche seine Verhaftung veranlaßten. Bei seiner Abführung leistete er dem Polizeibeamten Widerstand. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu 8 Monaten Gefängniß.

Zu der Nachricht, daß man am Berliner Hofe Concerte und ähnliche Veranstaltungen zum Besten der russischen Nothleidenden treffen wolle, bemerkt die „Voss. Ztg.": Gerade wenn ein solches Unternehmen aus Hofkreisen hervorginge, wäre es bedenklichen Mißverständnissen ausgesetzt. Die russische Presse würde ihre bisherige Haltung sicherlich nicht ändern, sie würde der Berliner Hofgesellschaft Zeugnisse ausstellen, welche nicht schmeichelhaft wären. Es darf daher erwartet werden, daß eine Veranstaltung unterbleibe, welche sicherlich gut gemeint ist, aber mehr Schaden als Nutzen stiften kann. Wollen Hofkreise sich der Nothleidenden annehmen, so finden sie auch in der Nähe nur zu viel Anlaß, wohl zu thun und mitzutheilen.

Die freikonservative „Post" schreibt an leitender Stelle: In der Etatsdebatte vom Montage hat der Abgeordnete Richter auch die bekannte Frage der Veröffentlichung nicht gegengezeichneter Königlicher Erlasse und Handschreiben im amtlichen Theile des Reichsanzeigers zur Sprache gebracht und dieses Verfahren aus staatsrechtlichen und Zweckmäßigkeitsgründen bemängelt, während der Herr Reichskanzler unter Berufung auf die von ihm eingeholten Rechtsgutachten für dasselbe eintrat. Unter dem staatsrechtlichen Standpunkte wird sich allerdings wohl Entscheidendes nicht gegen jene Veröffentlichungen einwenden lassen. Ebenso aber ist es richtig, daß der politische Grund, welcher in dem Verfassungsstaat dazu geführt hat, die Verantwortung für Regierungsakte des Staatsoberhauptes stets an die Person eines Ministers zu knüpfen und die Hereinziehung der Person des Landesherrn in die parlamentarischen Verhandlungen nicht zu gestatten, auch für Kundgebungen der bezeichneten Art Platz greift. Jener konstitutionelle Grundsatz ist wesentlich von Rücksichten auf die Autorität und Würde des Landesherrn diktirt, welchem aus diesem Grunde die Staatsgrundgesetze die Eigenschaften der Unverantwortlichkeit und Unverletzbarkeit beilegen. Gerade in denjenigen Kreisen, in denen auf die Wahrung der höchsten Autorität des Staatsoberhauptes das entschiedenste Gewicht gelegt wird, besteht daher der Wunsch, daß von der verfassungsmäßigen Regel der Gegenzeichnung durch einen verantwortlichen Minister thunlichst auch in den Fällen nicht abgewichen werden möge, in denen eine solche Abweichung an sich staatsrechtlich zulässig wäre.

Der Abgeordnete Kunert kündigt in der Breslauer „Volkswacht" einen umfangreichen Geheimbundsprozeß an; gegen Geiser, den Schwiegersohn Liebknecht's, sei bereits die Voruntersuchung eingeleitet.

Einem Artikel der „Post" entnehmen wir Folgendes: Wir meinen, die Regierung hatte alle Ursache, zufrieden zu sein mit dem Erfolge der Bismarck'schen Gesetzgebung. Es war entschieden dem Vordringen des Polonismus ein fester Damm entgegengestellt, in der Verschmelzung der polnischen Staatsbürger mit den Deutschen war ein Fortschritt bemerkbar, und in Erlernung der deutschen Sprache machten die polnischen Kinder ebenfalls Fort-